



Testatsexemplar

juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland
Saarbrücken

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025
und Lagebericht für das Geschäftsjahr vom
1. Januar bis zum 31. Dezember 2025

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN
ABSCHLUSSPRÜFERS

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2025

1. Bilanz zum 31. Dezember 2025
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
01. Januar bis 31. Dezember 2025
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2025

Anlagenspiegel

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

A. Grundlagen des Unternehmens

Die juris GmbH wurde 1985 als Unternehmen des Bundes mit dem Auftrag gegründet, für die Bundesrepublik Deutschland ein modernes Rechtsinformationssystem aufzubauen. Dieses wurde damals vor allem von öffentlichen Stellen als Informationsquelle genutzt. Heute ist die juris GmbH ein führender digitaler Anbieter von Rechts- und Praxiswissensmanagement in Deutschland und entwickelt als Pionier in einem zukunftssträchtigen Wachstumsmarkt sein Angebot kontinuierlich weiter. Die juris GmbH ist außerdem Begründer und Mitglied der jurisAllianz, eines Verbunds namhafter juristischer Fachverlage. Das Unternehmen wird von dem Anspruch geleitet, inhaltlich und technologisch führend zu sein und seinen Kunden den bestmöglichen Zugang zu umfassendem und zielgruppengerechtem Rechts- und Praxiswissen zu bieten.

B. Wirtschaftsbericht

1. Allgemeiner Geschäftsverlauf/Branchensituation

Der Markt für Rechts-, Wirtschafts- und Steuerinformationen in Deutschland ist, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, nach wie vor durch den noch immer vergleichsweise relativ geringen Online-Anteil und die anhaltende Migration von Print auf Online gekennzeichnet. Die juris GmbH als einer der wegweisenden und bedeutenden Online-Anbieter für Rechts- und Praxiswissen gestaltet diese Transition aktiv mit und unterstützt dabei die notwendige Print-Online-Transition der Partnerverlage der jurisAllianz. Ziel ist es, den zunehmenden Churn der Printtitel zu kompensieren und dabei die Kunden zur Online-Nutzung zu überführen.

Durch den kontinuierlichen Ausbau und die Verbesserung des Portfolios für Legal Professionals, durch neue Angebote für die Zielgruppe Paralegals mit Fokus auf Unternehmen und deren Berater und den Einsatz praxisnaher Features, bspw. zur Integration von eigenem Content der Kunden in die Recherche, konnte auch im Jahr 2025 die Marktposition gestärkt und die Wachstumskurve fortgeschrieben werden. All dies erfolgte in einem harten Wettbewerb, wobei die juris GmbH gemeinsam mit den Partnern der jurisAllianz anstrebt, im Markt für Recht, Wirtschaft und

Steuern Angebote zu platzieren, die für die Nutzer eine vollumfängliche Lösung für deren Bedürfnisse im Bereich Wissens- und Praxismanagement darstellen.

Der Zusammensetzung des Produktportfolios der jurisAllianz wurde im Rahmen der Kooperation der juris GmbH mit renommierten Fachverlagen – Boorberg-Verlag, Reguvis, C.F. Müller, Deutscher Anwaltverlag/Deutscher Notarverlag, dfv Mediengruppe, De Gruyter Recht, Erich Schmidt Verlag, Fachmedien Otto Schmidt, Hüthig Jehle Rehm, IWW, Verlag Dr. Otto Schmidt, RWS-Verlag, Stollfuß und dem Verlag Versicherungswirtschaft – auch im Jahr 2025 weiter optimiert und ergänzt.

Auf ihrem Online-Portal juris.de bietet die juris GmbH in den Produktsegmenten juris Recht und juris Business ein umfangreiches Portfolio aus anwendbarem Praxiswissen für Legal Professionals und weitere Rechtsanwender in den Bereichen Recht, Wirtschaft und Steuern sowie eine umfangreiche Sammlung an historischen und tagesaktuellen gerichtlichen Entscheidungen, Urteilen, Gesetzen, Normen und Kommentierungen an. In enger Abstimmung mit den Partnern der jurisAllianz wird am Aufbau neuer Produktsegmente gearbeitet, insbesondere im Bereich Künstlicher Intelligenz. Die Verlagspartner der jurisAllianz stellen dabei, insbesondere mit dem Sekundärcontent ihrer Werke, die relevanten Inhalte bereit.

2. Geschäftsverlauf der juris GmbH

Die folgenden Leistungsindikatoren geben einen Überblick über den Verlauf des Geschäftsjahres 2025, wobei die für die Steuerung des Unternehmens bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren die Umsatzerlöse (insbesondere die Umsatzerlöse, die mit den Modulen der jurisAllianz erzielt werden) und das Betriebsergebnis darstellen.

Im Jahr 2025 waren die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie im Jahr 2024 durch eine rückläufige Wirtschaft schwieriger als in den vorherigen Jahren. Auch wenn das Geschäftsmodell der juris GmbH mit digitalen Medieninhalten und Funktionalitäten, die über eine Onlinedatenbank abgerufen werden können, gegenüber Krisen sehr resilient ist, ließen sich im Jahr 2025 negative Auswirkungen auf das Wachstum nicht gänzlich vermeiden. So konnten wir ein weiteres Abflachen der Wachstumskurve feststellen, was auch auf eine erschwerte Leadgenerierung zurückzuführen ist.

2.1 Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsatzerlöse stiegen von rund EUR 79,3 Mio. im Jahr 2024 um rund EUR 4,4 Mio. bzw. 5,6 % auf EUR 83,7 Mio. im Jahr 2025 an. Im Wesentlichen wurde das Wachstum durch eine weitere Durchdringung des Marktes mit Angebotsformen aus einer Kombination von Primär- und Sekundärcontent, durch neue Produktangebote, aber auch durch die Gewinnung neuer Kunden im Rahmen einer intensiven Marktbearbeitung realisiert. Ende 2024 startete der Vertrieb des ersten Produkts mit juris KI-Features gemeinsam mit Lefebvre Sarrut GmbH. Zusätzlich hat die juris GmbH zum Jahresende die juris KI-Suite 1.0, die allen aktiven Modulen als Erweiterung zugeschaltet werden kann, mittels eines Early-Access-Angebots gelauncht.

2.2 Wesentliche Geschäftsvorfälle des Geschäftsjahres

Das Jahr 2025 war geprägt durch folgende Entwicklungen:

- Weitere Stärkung der Grundlagen der juris GmbH
 - Einführung und Beginn der Vermarktung der ersten KI-Features in Abstimmung mit den Partnern der jurisAllianz,
 - Entwicklung der juris Studenten App, um die Zielgruppe „Studenten“ zu erschließen,
 - Neuauflage von acht Bänden der juris PraxisKommentare SGB IV, VI, ERV Band I bis IV, BGB Band II, StrVR,
 - Ausbau der (voll-)automatisierten Anlieferungs- und Produktionsstrecke für den Sekundärcontent auf Zeitschriften (jurisAllianz),
 - Anbinden der ersten Großkunden an das neu entwickelte Identity- und Access-Management,
 - Ausbau des Vertriebsteams in Frankfurt zur direkten Ansprache aller Zielgruppen im Breitenmarkt.
- Stärkung der jurisAllianz
 - Weiterentwicklung der Kooperationsstruktur innerhalb der jurisAllianz,
 - Kontinuierlicher Ausbau des Umsatzanteils der jurisAllianz,
 - Ausbau der Marketing- und Vertriebsaktivitäten i. R. der jurisAllianz,
 - Erreichen neuer Zielgruppen (wie z.B. Steuerberater) durch Praxislösungen (bspw. SteuerPraxisKI) und Arbeitshilfen.

3. Produktpolitik

Alleinstellungsmerkmal der juris GmbH bleibt unverändert ihr Angebot, das Primär- und Sekundärcontent zielgruppengerecht bündelt und dieses über eine an den spezifischen Bedürfnissen ausgerichtete Recherchetechnologie den Kunden direkt zur Verfügung stellt.

Das Portfolio konnte durch die abgestimmte Kooperation mit den Partnern der jurisAllianz sowie mit weiteren Verlagen im Rahmen eines übergreifenden Product-Development-Ansatzes weiter ausgebaut werden.

Neben diesen content- und recherchebezogenen Grundpfeilern gewinnt die Integration von Tools und Funktionalitäten, nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer Anwendung i. R. von (generativen) KI-Technologien, eine immer stärkere Bedeutung für die Bindung und Gewinnung von Kunden. Das erste KI-Produkt, eine um KI erweiterte, intelligente Suche im juris-Portal, wurde von Kunden erfolgreich getestet und der Vertrieb zum Jahresende 2025 gestartet.

Durch die kontinuierliche Weiterentwicklung des Content-Angebots und der KI-Unterstützung, die Aufnahme von Push-Angeboten und die durch die KI ermöglichte Einführung neuer Tools

und Funktionalitäten (Stichwort „Legal und Tax-Workspace“) wird die juris GmbH ihre Position als eines der führenden Rechtsportale weiter ausbauen.

Der Erfolg der Angebotsstrategie der juris GmbH gründet unverändert auf Vollständigkeit, Aktualität und Zuverlässigkeit des Primärcontents in Verbindung mit dem Angebot von Sekundärcontent – insbesondere im Rahmen der jurisAllianz – unterstützt durch eine hervorragende (technische) Erschließung.

4. Dokumentation

Das im Bundesamt für Justiz eingerichtete Kompetenzzentrum Rechtsinformationssystem des Bundes (CC-RIS) übt zentrale Steuerungs- und Koordinationsaufgaben für die operative Zusammenarbeit der Dokumentationsstellen des Bundes mit der juris GmbH aus. Im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz konnten die zum Bund bestehenden vertraglichen Leistungsbeziehungen der juris GmbH professionell ausgestaltet werden.

Die langjährige Kooperation mit den Dokumentationsstellen des Bundesverfassungsgerichts, der Bundesgerichte und des Bundes wurde auf dieser Grundlage neu gestaltet. Die juris GmbH hat sich auf diese Neugestaltung u. a. durch die Neuaufstellung ihrer Datenhaltung und Produktion vorbereitet. Im Jahr 2025 wurde die Neue-Content-Produktions-Umgebung vollumfänglich implementiert. Die juris GmbH unterstützt diese Neuaufstellung nach Kräften. Die damit zusammenhängende fachliche und organisatorische Neuordnung der Geschäftsprozesse befindet sich in Abstimmung. Die Aktivitäten für die Verwaltungshelferrolle von juris wurden juris-intern in einem kleinen separaten Bereich „juris - Bund“ gebündelt.

Die Geschäftsaktivitäten der juris GmbH unterliegen mittlerweile vollständig dem Wettbewerb. Bedingt durch die nunmehr für jedermann frei zugänglichen Basisinformationen („Gesetze im Internet“ und „Rechtsprechung im Internet“) konzentrieren sich die Geschäftsaktivitäten nun auf die eigene Dokumentation und die Generierung von inhaltlichem Mehrwert, der von der juris GmbH und den mit ihr kooperierenden Verlagen selbst erstellt wird. Vor diesem Hintergrund bleiben die einzigartigen Rechtssammlungen der juris GmbH für alle im Bereich professioneller Rechtsanwendung Tätigen eine unverzichtbare Wissensquelle.

5. Investitionen

Die juris GmbH hat im Jahr 2025 selbstgeschaffene Software in Höhe von EUR 1,9 Mio. aktiviert. Daneben wurden Investitionen für immaterielle Vermögensgegenstände, Bauten auf fremdem Grund und Boden, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung und Sonstiges in Höhe von EUR 1,3 Mio. getätigt.

6. Personal und Organisation

2025 beschäftigte die juris GmbH im Jahresdurchschnitt 210 (i. Vj. 213) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter IT-Fachkräfte, Kaufleute, Juristen und Dokumentare. Hierin enthalten sind im Jahresdurchschnitt auch 1 (i. Vj. 1) Aushilfe und 13 (i. Vj. 18) freie Mitarbeitende.

Die juris GmbH ist in Deutschland an den Standorten Saarbrücken, Frankfurt am Main und Berlin vertreten. Der Betrieb des Online-Portals erfolgt in Saarbrücken. Die Vertriebstätigkeiten werden stärker in Frankfurt am Main verankert. Berlin ist der Standort für die Aktivitäten Unternehmens- und Portfolioentwicklung.

Durch eine kontinuierliche Analyse und Optimierung der erfolgskritischen Arbeitsabläufe trägt die juris GmbH den Möglichkeiten, die mit der verstärkten Digitalisierung einhergehen, entsprechend Rechnung. Dies ist auch im Hinblick auf eine erfolgreiche Rekrutierung von Arbeitskräften mit dem notwendigen wirtschaftlichen Hintergrund erforderlich, nicht zuletzt, um damit die mit der Anwendung des TVöD einhergehenden Nachteile ausgleichen zu können. Diesbezüglich kommt bei bestimmten Positionen auch eine außertarifliche Vergütung zum Tragen.

Die juris GmbH externalisiert verschiedene Aktivitäten und setzt freie Mitarbeitende ein. Damit folgt die juris GmbH dem generellen Trend der Organisationsentwicklung hin zu einem Netzwerk von internen und externen Mitarbeitenden, ergänzt um Dienstleister.

7. Ertragslage

Die juris GmbH übertraf im Jahr 2025 mit einer Gesamtleistung i. H. v. EUR 84,5 Mio. den Vorjahreswert i. H. v. EUR 80,6 Mio. um 4,9 %. Als Ergebnis vor Steuern wurden EUR 15,5 Mio. (i. Vj. EUR 15,4 Mio.) erzielt.

Nach Abzug der Steuern verbleibt für 2025 ein Jahresüberschuss von rund EUR 10,6 Mio. (i. Vj. EUR 10,0 Mio.). Unter Berücksichtigung der ausschüttungsgesperrten Beträge in Höhe von EUR 0,23 Mio. steht ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 10,32 Mio. zur Ausschüttung zur Verfügung.

Die Erhöhung der Gesamtkosten von EUR 66,3 Mio. um EUR 3,5 Mio. bzw. 5,3 % (Vj 7,5 %) auf EUR 69,8 Mio. im Jahr 2025 ist im Wesentlichen durch den Anstieg der Materialaufwendungen um EUR 3,2 Mio. bzw. 10,6 % von EUR 30,1 Mio. auf EUR 33,3 Mio. bedingt. Die Personalaufwendungen liegen mit EUR 20,8 Mio. um rund EUR 1,0 Mio. bzw. 4,9 % über dem Vorjahreswert von EUR 19,8 Mio. Die Abschreibungen betragen im Berichtsjahr EUR 4,0 Mio., was eine Steigerung um EUR 0,5 Mio. bzw. 14,5 % gegenüber dem Vorjahreswert von EUR 3,5 Mio.

bedeutet. Darin enthalten sind mit einem Anteil von EUR 2,2 Mio. Abschreibungen auf selbst geschaffene Software (i. Vj. EUR 1,8 Mio.)

8. Vermögenslage

Die Bilanzsumme im Jahr 2025 beträgt EUR 59,1 Mio. und liegt damit rund EUR 6,9 Mio. über dem Niveau von 2024 (EUR 52,2 Mio.).

Auf der Aktivseite verringerte sich das Anlagevermögen von EUR 23,6 Mio. um EUR 0,8 Mio. auf EUR 22,9 Mio. Die Verringerung ist primär auf die Reduzierung der immateriellen Vermögensgegenstände (EUR 0,9 Mio.) durch den Abschluss von Entwicklungsprojekten zurückzuführen.

Im Umlaufvermögen erhöhten sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände von EUR 6,8 Mio. um EUR 1,2 Mio. auf EUR 8,0 Mio. Die Erhöhung ergibt sich im Wesentlichen aus gestiegenen Umsatzerlösen. Die flüssigen Mittel zum 31. Dezember 2025 erhöhten sich von EUR 20,2 Mio. in 2024 um EUR 5,7 Mio. auf EUR 25,9 Mio.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten weist die Abgrenzung des Aufwands bei Zahlungen für die Folgejahre aus und ist von EUR 1,61 Mio. um EUR 0,66 Mio. auf EUR 2,27 Mio. gestiegen. Hierbei handelt es sich um Wartungsverträge für Hard- und Software, Lizenzgebühren für Software sowie um Erlösbeteiligungen.

Auf der Passivseite ist eine Steigerung des Eigenkapitals von EUR 23,1 Mio. bei vollständiger Ausschüttung des ausschüttungsfähigen Vorjahresergebnisses um EUR 2,1 Mio. auf EUR 25,2 Mio. zu verzeichnen. Dies ist in erster Linie begründet durch den nicht ausschüttbaren Gewinn des Jahres 2024 in Höhe von EUR 1,56 Mio. und die Erhöhung des Jahresüberschusses von EUR 0,52 Mio.

Die Rückstellungen erhöhten sich von EUR 12,83 Mio. um EUR 2,20 Mio. auf EUR 15,03 Mio. Grund dafür ist im Wesentlichen der Anstieg der Rückstellungen für Erlösanteile. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten weist die Abgrenzung des Umsatzes bei den Flat-Rate Produkten aus und ist von EUR 8,87 Mio. um EUR 3,18 Mio. auf EUR 12,05 Mio. gestiegen.

Die passiven latenten Steuern sanken von EUR 5,7 Mio. um EUR 0,5 Mio. auf EUR 5,2 Mio. Weitere Details hierzu sind im Anhang aufgeführt.

9. Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft war auch im Jahr 2025 – wie in den Jahren zuvor – unproblematisch. Das Stammkapital der juris GmbH beträgt nach wie vor EUR 2,7 Mio. Der Geschäftserfolg der juris GmbH erlaubt es, anstehende Investitionen und sonstige Ausgaben ohne Kreditaufnahmen zu finanzieren. Das Finanzergebnis wies im Jahr 2025 einen Ertrag in Höhe von TEUR 124 aus (Ertrag von TEUR 144 in 2024). Aus heutiger Sicht sind keine Liquiditätsrisiken ersichtlich. Insgesamt hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft den Erwartungen entsprechend entwickelt und ist damit günstig verlaufen.

10. Forschungs- und Entwicklungsbericht

Um bei den Recherchealgorithmen und der zukünftigen Nutzung neuer Technologien weiterhin State-of-the-Art-Lösungen anbieten zu können, investiert die juris GmbH kontinuierlich in die Entwicklung neuer Features. KI-basierte Lösungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Neben dem Einsatz von eigenen Mitarbeitenden werden auch externe Dienstleister eingesetzt, um diese Produkte bzw. Funktionalitäten zu erstellen. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2025 Entwicklungskosten in Höhe von rd. 2,3 % des Umsatzes aktiviert. Diese entfallen mit EUR 0,8 Mio. auf juris-eigene Mitarbeitende

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft unterhält ein unternehmensweites Risikomanagementsystem, mit dem bestehende und potenzielle Risiken systematisch erfasst und analysiert werden. Ein kontinuierliches Monitoring stellt sicher, dass erforderliche Maßnahmen zeitnah eingeleitet werden können. Mithilfe der monatlichen Varianzanalysen werden ggf. vorhandene Abweichungen aufgedeckt, sodass ein rechtzeitiges Gegensteuern möglich ist. Im Rahmen des Rolling-Forecasts erfolgt eine Überprüfung bzw. Bewertung der Maßnahmen zur Umsetzung der Zielsetzungen des laufenden Jahres. Bei der Budgetplanung und der damit einhergehenden Langzeitplanung wird die strategische Ausrichtung grundsätzlich und vor dem Hintergrund der jeweils aktuellen Markt- und Rahmenbedingungen jeweils aktuell überprüft und ggf. angepasst.

Die juris GmbH antizipiert somit die sich wandelnden Marktgegebenheiten, wie z.B. die Zunahme von frei verfügbarem juristischem Content im Internet und den immer härteren Wettbewerb. Ziel ist es, auch in Zukunft die Alleinstellungsmerkmale zu stärken. Dies wird zum einen durch die Verbesserung der Erschließung des Primärcontents, in Verbindung mit dessen Aufwertung durch Bereitstellung relevanten Sekundärcontents, aber auch durch die Einbindung von Legal-Tech-Elementen in die Suche umgesetzt. Dabei hat die langfristige Sicherung der Anreicherung des Primärcontents durch Sekundärcontent oberste Priorität. Bis zu einer möglichen Privatisierung müssen sich die kommerziell notwendigen Schritte auf das Going Concern beschränken. Die juris GmbH evaluiert und optimiert diese Mehrwertstrategie kontinuierlich. Hierbei spielt nun auch die strategische Frage eine Rolle, ob sich die Wettbewerbsverhältnisse im Markt für Rechts-, Wirtschafts- und Steuerinformationen durch den Einsatz von KI ändern werden.

Eine wichtige Herausforderung bleibt auch weiterhin, das Alleinstellungsmerkmal der juris-eigenen Rechtssammlungen aufrecht zu erhalten. Die juris GmbH hat sich zu einem unverzichtbaren Wissensmanagement-Tool für alle Legal Professionals entwickelt. Es bleibt dabei nach wie vor ein wichtiges Anliegen des Unternehmens, die Anforderungen der öffentlichen Hand – und hier insbesondere die der Justiz – an Recherchierbarkeit und Nutzbarkeit des der juris GmbH angebotenen Contents besonders zu berücksichtigen. Dies soll dazu beitragen, die Kundenbeziehungen zu Bund und Ländern zu erhalten und qualitativ weiterzuentwickeln.

Im Jahr 2025 wurden, neben dem Ausbau und der Optimierung des Zusammenspiels des Primär- und Sekundärcontent-Angebots, die Partner der jurisAllianz systematisch in die Vertriebsstrategie eingebunden. Darüber hinaus strebt die juris GmbH eine weitere Umstellung der Partner der jurisAllianz auf die Ein-Portal-Strategie an. Dies wird bereits seit dem Jahr 2021 mit der Lefebvre Sarrut GmbH erfolgreich umgesetzt. Letztendlich ist dies der einzige Weg, um insbesondere im Wettbewerb mit neuen KI-Angebotsmodellen und Workspace-Anbietern langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Neukunden-Akquise ist für die juris GmbH ein zentrales Anliegen, das aufgrund der stringenten Datenschutzregelungen und der Schwierigkeiten bei der Gestaltung des Content-Marketings immens verkompliziert wird.

Im Jahr 2026 sollen, mit neuen inhaltlichen und funktionalen Angeboten, insbesondere i. R. der Content-Integration, und der weiteren Verbesserung der Kundenansprache über alle Vertriebswege, die bestehenden Kundenbeziehungen gefestigt und ausgebaut sowie weitere Zielgruppen, bspw. die sogenannten Legal Practitioners/Paralegals (u. a. Steuerberater), gemeinsam mit den Partnern der jurisAllianz erschlossen werden. Besonderer im Fokus wird im Jahr 2026 auf den Vertrieb und die Weiterentwicklung von juris KI-Produkten gelegt werden.

Auf dieser Basis wird im Jahr 2026 eine Wachstumsbeschleunigung der Umsatzerlöse und eine entsprechende Erhöhung des Betriebsergebnisses angestrebt. Die weltwirtschaftlichen Veränderungen sowie die Folgeerscheinungen für die Wirtschaft in Deutschland lassen sich in ihren Auswirkungen auf den für die juris GmbH relevanten Markt und dessen Zielgruppen nur schwer abschätzen. Auch wenn derzeit noch unklar ist, wie lange und wie schwerwiegend die Auswirkungen andauern werden, ist die juris GmbH zuversichtlich sich behaupten zu können.

Von besonderer Wichtigkeit ist hierbei jedoch, dass die juris GmbH schnellstmöglich als freies Wirtschaftsunternehmen auftreten kann. Mittelfristiges Ziel bleibt daher die weitere Privatisierung.

Aus heutiger Sicht sind, unter Berücksichtigung des zuvor Genannten, keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Saarbrücken, den 31. März 2026

Samuel van Oostrom
Geschäftsführer

Dr. Frauke Bachler
Geschäftsführerin

**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2025**

juris GmbH
 Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland
 Saarbrücken



Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktiva

	Anhang	31.12.2025	31.12.2024
		€	€
A. Anlagevermögen	(B.1)		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		18.766.254,93	19.663.667,41
II. Sachanlagen		4.109.004,73	3.976.960,95
		22.875.259,66	23.640.628,36
B. Umlaufvermögen	(B.2)		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		8.019.469,41	6.801.976,45
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		25.922.478,39	20.159.578,93
		33.941.947,80	26.961.555,38
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.274.646,36	1.614.414,47
		59.091.853,82	52.216.598,21

juris GmbH
 Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland
 Saarbrücken



Bilanz zum 31. Dezember 2025

Passiva

	Anhang	31.12.2025	31.12.2024
		€	€
A. Eigenkapital	(B.3)		
I. Gezeichnetes Kapital		2.681.368,03	2.681.368,03
II. Gewinnvortrag		11.969.183,51	10.407.393,03
III. Jahresüberschuss		10.556.989,76	10.033.078,78
		25.207.541,30	23.121.839,84
B. Rückstellungen	(B.4)	15.034.768,00	12.832.163,00
C. Verbindlichkeiten	(B.5)	1.628.732,19	1.667.383,21
D. Rechnungsabgrenzungsposten		12.051.104,33	8.868.889,16
E. Passive latente Steuern	(B.6)	5.169.708,00	5.726.323,00
		59.091.853,82	52.216.598,21

juris GmbH
 Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland
 Saarbrücken



**Gewinn- und Verlustrechnung
 für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025**

	Anhang	01.01.2025 - 31.12.2025	01.01.2024 - 31.12.2024
		€	€
1. Umsatzerlöse	(C.1)	83.670.377,85	79.250.598,66
2. Andere aktivierte Eigenleistung	(C.2)	797.191,66	1.304.561,75
3. Gesamtleistung		84.467.569,51	80.555.160,41
4. Sonstige betriebliche Erträge	(C.3)	693.287,02	946.505,85
5. Materialaufwand	(C.4)	-33.291.557,45	-30.105.067,23
6. Personalaufwand	(C.5)	-20.794.188,92	-19.817.343,13
7. Abschreibungen	(C.6)	-4.011.704,25	-3.505.074,74
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(C.7)	-11.693.458,41	-12.841.960,24
9. Finanzergebnis	(C.8)	124.241,11	143.612,48
10. Ergebnis vor Steuern	(C.8)	15.494.188,61	15.375.833,40
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(C.9)	-4.932.872,85	-5.336.753,62
12. Ergebnis nach Steuern		10.561.315,76	10.039.079,78
13. Sonstige Steuern		-4.326,00	-6.001,00
14. Jahresüberschuss	(C.10)	10.556.989,76	10.033.078,78

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Anhang für das Geschäftsjahr 2025

(A) Ausweis, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB. Die Gliederung des Jahresabschlusses erfolgt entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften, den Vorschriften des GmbH-Gesetzes und den ergänzenden Vorschriften des Gesellschaftsvertrages.

Die juris GmbH hat ihren Sitz in 66121 Saarbrücken, Am Römerkastell 11, und ist eingetragen im Handelsregister Registergericht Saarbrücken, HRB 8485.

Zur Vergrößerung der Klarheit der Darstellung sind Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Von der Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens nach § 248 Abs. 2 S. 1 HGB wurde im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 Gebrauch gemacht. Diese werden zu Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 Sätze 1-2 und Abs. 2a HGB aktiviert und nach Fertigstellung planmäßig linear über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer sowie bei Vorliegen einer voraussichtlich dauernden Wertminderung außerplanmäßig abgeschrieben.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer bewertet.

Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten einschließlich Nebenkosten bilanziert und linear planmäßig abgeschrieben.

Die Geringwertigen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bis zu einem Anschaffungspreis von EUR 800 sind im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben und im Anlageverzeichnis als Abgang behandelt worden.

Die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens erfolgen unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Dabei wird sich an den steuerlichen AfA-Tabellen unter Berücksichtigung der kürzesten steuerlich zulässigen Nutzungsdauer orientiert.

Voraussichtlich dauernden Wertminderungen, die über den nutzungsbedingten Werteverzehr hinausgehen, wird durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalwert bzw. dem Barwert bei unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Ansprüchen angesetzt. Konkreten Ausfallrisiken bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde durch Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Im Einzelnen nicht bezifferbare Risiken werden durch eine pauschal ermittelte Wertberichtigung in Höhe von 1 % der um die Einzelwertberichtigungen gekürzten Nettoforderung abgedeckt.

Die anderen Posten des Umlaufvermögens sind mit ihren Nennwerten angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach den anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen mittels der „Projected-Unit-Credit-Methode“ errechnet. Der Rückstellungsbetrag wurde unter Einbeziehung von Trendannahmen hinsichtlich der zukünftigen Anwartschafts- bzw. Rentenentwicklung ermittelt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Im Berichtsjahr wurde ein von der Deutschen Bundesbank vorgegebener durchschnittlicher Marktzinssatz von 2,06 % (10-Jahres-Durchschnitt) bei der Bewertung zugrunde gelegt. Dabei wurde gemäß Satz 2 des § 253 Abs. 2 HGB pauschal eine Restlaufzeit von 15 Jahren angenommen. Rentenanpassungen sind mit 2,10 % berücksichtigt.

Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen erfolgte nach den Regelungen der IDW-Stellungnahme IDW RS HFA 3 vom 19.06.2013. Sofern biometrische Einflussfaktoren zu berücksichtigen waren, wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Der Erfüllungsrückstand wurde mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Marktzinssätzen der vergangenen sieben Jahre abgezinst, Aufstockungsbeträge wurden mit dem vollen Barwert angesetzt.

Die übrigen Rückstellungen sind jeweils in Höhe des zukünftigen Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen wurden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätzen der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten lagen zum Bilanzstichtag keine vor. Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Gemäß § 274 HGB wird eine saldierte Abgrenzung für die voraussichtlichen zukünftigen Steuerbelastungen und Steuerentlastungen aufgrund handelsrechtlicher und steuerrechtlicher

Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede angewandt. Weitere Angaben hierzu sind bei den Erläuterungen zur Bilanz unter Nr. 6 zu finden.

(B) Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Aufgliederung und Entwicklung des in der Bilanz ausgewiesenen Anlagevermögens ist im Anlagespiegel gesondert dargestellt.

Im abgelaufenen Kalenderjahr belief sich der Gesamtbetrag der aktivierten Entwicklungskosten auf TEUR 1.916 die ausschließlich auf aktivierte selbst erstellte Software entfielen. Weitere Forschungs- und Entwicklungskosten sind nicht angefallen.

(2) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2025	31.12.2024
	EUR	EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen – davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr TEUR 0 (i. Vj. TEUR 0) –	7.198.211,20	5.938.125,08
Forderungen gegen Gesellschafter - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr TEUR 0 (i. Vj. TEUR 230) -	246.175,74	360.734,81
Sonstige Vermögensgegenstände – davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr TEUR 251 (i. Vj. TEUR 348) –	575.082,47	503.116,56
	8.019.469,41	6.801.976,45

Bei den Forderungen gegen die Gesellschafter handelt es sich um Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

(3) Eigenkapital

	31.12.2025	31.12.2024
	EUR	EUR
Gezeichnetes Kapital	2.681.368,03	2.681.368,03
Gewinnvortrag	11.969.183,51	10.407.393,03
Jahresüberschuss	10.556.989,76	10.033.078,78
	25.207.541,30	23.121.839,84

Ausschüttungsgesperrte Beträge

	Bilanz- ausweis	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Sperrbetrag
	EUR	EUR	EUR	EUR
Selbst erstellte immaterielle Vermögens- gegenstände gemäß § 268 Abs. 8 HGB	17.372.899,74	0,00	5.258.227,00	12.114.672,74
Sonstige latente Steuern	0,00	88.519,00	0,00	88.519,00
Zur Ausschüttung gesperrt	17.372.899,74	88.519,00	5.258.227,00	12.203.191,74

(4) Rückstellungen

	31.12.2025	31.12.2024
	EUR	EUR
Rückstellungen für Pensionen	761.373,00	791.823,00
Steuerrückstellungen	1.856.513,00	815.845,00
Sonstige Rückstellungen		
Personal	2.006.991,00	2.321.657,00
Prüfung und Beratung	148.000,00	344.100,00
Übrige	10.261.891,00	8.558.738,00
	15.034.768,00	12.832.163,00

Ermittlung des Unterschiedsbetrages nach § 253 Abs. 6 HGB

	31.12.2025	31.12.2024
	EUR	EUR
Rückstellung unter Verwendung des 10-Jahres-Durchschnittzinssatzes	761.373,00	791.823,00
Rückstellung unter Verwendung des 7-Jahres-Durchschnittzinssatzes	752.227,00	787.418,00
Unterschiedsbetrag	-9.146,00	4.405,00

Für die in den Personalrückstellungen enthaltenen Altersteilzeitverpflichtungen hat die Sparkasse Saarbrücken der juris GmbH eine Avalbürgschaft zur Insolvenzsicherung der Altersteilzeitverpflichtungen zugunsten der teilnehmenden Mitarbeiter eingeräumt. Im Jahr 2025 betrug die Avalbürgschaft TEUR 383 (i. Vj. TEUR 540).

Die übrigen Rückstellungen beinhalten überwiegend Aufwendungen für Erlösbeteiligungen der Kooperationspartner und Aufwendungen für eingeleitete Restrukturierungsmaßnahmen.

(5) Verbindlichkeiten

	31.12.2025	31.12.2024
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	896.376,17	1.330.002,12
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	176,00	1.970,60
Sonstige Verbindlichkeiten		
– davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr TEUR 732 (i. Vj. TEUR 335) –		
– davon aus Steuern TEUR 633 (i. Vj. TEUR 247) –	732.180,02	335.410,49
	1.628.732,19	1.667.383,21

Die vorgenannten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern hatten zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2025 wie im Vorjahr keine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern handelt es sich um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Sicherheiten bestehen keine.

(6) Passive latente Steuern

	31.12.2024	Zugang	Verbrauch	Auflösung	31.12.2025
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktive latente Steuern	-108	3	17	0	-88
Passive latente Steuern	5.834	0	-106	-470	5.258
	5.726	3	-89	-470	5.170

Die Auflösung der passiven latenten Steuer resultiert aus der Absenkung des Körperschaftsteuersatzes in den Jahren 2028-2032.

(7) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

	31.12.2025	31.12.2024
	TEUR	TEUR
Verpflichtungen aus Miet- und Wartungsverträgen, übrige finanzielle Verpflichtungen	11.862	11.557
– davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr TEUR 6.348 (i. Vj. TEUR 6.564) –		
– davon gegenüber Gesellschaftern TEUR 250 (i. Vj. TEUR 250) –		
Bestellobligo Anlagevermögen	297	724

(8) Haftungsverhältnisse

Im Geschäftsjahr bestehen keine Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB.

(C) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(1) Umsatzerlöse

	2025	2024
	EUR	EUR
Dialogleistungen/Datenbanknutzung	78.780.114,63	74.770.748,50
DV-Projekte und Dienstleistungen	4.320.810,22	4.067.425,81
Übrige Erlöse	569.453,00	412.424,35
	83.670.377,85	79.250.598,66

(2) Aktivierte Eigenleistung

Aktivierte Eigenleistungen werden im Berichtsjahr mit TEUR 797 (i. Vj. TEUR 1.305) angesetzt. Davon entfallen TEUR 777 auf selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände.

(3) Sonstige betriebliche Erträge

	2025	2024
	EUR	EUR
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	399.058,63	685.987,09
Sonstige	294.228,39	260.518,76
	693.287,02	946.505,85

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen werden periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 513 (i. Vj. TEUR 745) ausgewiesen. Im Wesentlichen betreffen diese mit TEUR 399 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (i. Vj. TEUR 686).

(4) Materialaufwand

	2025	2024
	EUR	EUR
Aufwendungen für Hilfsstoffe und bezogene Waren	41.998,33	45.512,23
Aufwendungen für bezogene Leistungen	33.249.559,12	30.059.555,00
	33.291.557,45	30.105.067,23

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen umfassen im Geschäftsjahr 2025 in erster Linie Lizenzgebühren für Dokumente, Dokumentenaufbereitung, Wartungsleistungen für EDV-Hardware sowie Miet- und Pflegeleistungen für Software.

(5) Personalaufwand

	2025	2024
	EUR	EUR
Gehälter	16.971.647,38	16.279.627,65
Soziale Abgaben	2.906.268,92	2.645.833,49
Aufwendungen für Altersversorgung	916.272,62	891.881,99
	20.794.188,92	19.817.343,13

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	Anzahl
Mitarbeiterinnen	97
Mitarbeiter	99
	196
zuzüglich Aushilfen	1

(6) Abschreibungen

	2025	2024
	EUR	EUR
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		
davon außerplanmäßige Abschreibungen T€ 0 (i. Vj. T€ 32)	4.011.704,25	3.505.074,74
	4.011.704,25	3.505.074,74

(7) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden periodenfremde Aufwendungen von TEUR 102 (i. Vj. TEUR 220) ausgewiesen.

(8) Finanzergebnis

	2025	2024
	EUR	EUR
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	126.013,85	144.725,19
Erträge aus der Abzinsung	1.953,30	1.371,29
Zinsen und ähnliche Erträge	127.967,15	146.096,48
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,04	91,00
Aufwendungen aus der Abzinsung	3.726,00	2.393,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.726,04	2.484,00
Finanzergebnis	124.241,11	143.612,48

(9) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2025	2024
	EUR	EUR
Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer	5.489.487,85	4.511.754,62
Aufwand latenter Steuern	0,00	824.999,00
Ertrag latenter Steuern	556.615,00	0,00
	4.932.872,85	5.336.753,62

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Passive latente Steuern ergeben sich im Wesentlichen aus der Aktivierung von selbstgeschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens.

Aktive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen von Pensionsrückstellungen.

Zur Ermittlung der latenten Steuern wurde jeweils der Steuersatz verwendet, der bei der Umkehrung der Differenz zwischen dem handelsrechtlichen und dem steuerrechtlichen Wertansatz erwartet wird. Dabei wurde die stufenweise Reduktion des Körperschaftsteuersatzes in den Veranlagungszeiträumen von 2028 - 2032 von 15% auf 10% (mithin 1%-Punkt pro Jahr) berücksichtigt. Aus der Absenkung des Körperschaftsteuersatzes resultiert ein latenter Steuerertrag in Höhe von TEUR 470. Nach § 274 Absatz 1 Satz 1 HGB

wurde im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 für den Überhang passiver Steuerlatenzen eine passive latente Steuer bilanziert.

(10) Jahresüberschuss

Die Geschäftsführung schlägt vor, vom Jahresüberschuss 2025 in Höhe von EUR 10.556.989,76 den zur Ausschüttung verfügbaren Betrag in Höhe von EUR 10.322.981,53 an die Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Betrag in Höhe von EUR 12.203.191,74 (davon Gewinnvortrag EUR 11.969.183,51) auf neue Rechnung vorzutragen.

	EUR	EUR
Jahresüberschuss 2025	10.556.989,76	
Ausschüttungsgesperrte Beträge		
Ausschüttungssperre zum 31. Dezember 2025	-12.203.191,74	
Gewinnvortrag zum 31. Dezember 2024	11.969.183,51	-234.008,23
Zur Ausschüttung verfügbarer Betrag zum 31.12.2025		10.322.981,53

(D) Ergänzende Angaben

Abschlussprüferhonorar

Das als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers für die Abschlussprüfung beträgt TEUR 39. Das Honorar für andere Bestätigungsleistungen beträgt TEUR 2.

Geschäftsführer

- Samuel van Oostrom, Saarbrücken (Dr. h.c.)
- Dr. Frauke Bachler, Rheinbach

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten 2025 folgende Mitglieder an:

- Ministerialdirigentin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Susanne Bunke – Vorsitz
- Ministerialrat im Bundesministerium des Innern und für Heimat
Andreas Reisen bis 25.06.2025
- Ministerialrätin im Bundesministerium der Finanzen
Dr. Susann Schumann

- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Dr. Ivo Thiemrodt seit 26.06.2025
- Vertreter der Lefebvre Sarrut S.A.
Dr. Christoph Papenheim
- Vertreter der Lefebvre Sarrut S.A.
Geert-Jan van der Snoek bis 30.11.2025
- Vertreter der Lefebvre Sarrut S.A.
Herr Vincent Barbier seit 01.12.2025

Beziehungen zu Unternehmensorganen

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr 2025

	Grundgehalt	Zuschuss zur privaten Kranken-, Pflege- bzw. Unfallversicherung, sonstige Zuschüsse	Prämie 2024 (Auszahlung 2025)	Kfz-Nutzung 1 %	Versorgungszuschläge	Gesamtbezüge
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Samuel van Oostrom	195.520,00	10.080,00	58.121,00	1.780,80	0,00	265.501,80
Dr. Frauke Bachler	149.812,50	49.286,04	0,00	0,00	34.056,75	233.155,29
	345.332,50	59.366,04	58.121,00	1.780,80	34.056,75	498.657,09

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Geschäftsjahr 2025 keine Vergütung bezogen.

Nachtragsbericht (Berichterstattung nach § 285 Nr. 33 HGB)

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft hatten, sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Saarbrücken, den 31. März 2026

Dr. h.c. Samuel van Oostrom
Geschäftsführer

Dr. Frauke Bachler
Geschäftsführerin

Entwicklung des Anlagevermögens 2025

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten				
	01.01.2025	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2025
	€	€		€	€
A. Anlagen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte* Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerblicher Schutzrechte und ähnliche	23.796.929,11	1.915.673,06	0,00	0,00	25.712.602,17
2. Rechte	9.591.251,50	32.471,28	0,00	0,00	9.623.722,78
3. Kundenstamm	975.000,00	0,00	0,00	0,00	975.000,00
4. Geleistete Anzahlungen	79.487,84	19.858,47	0,00	0,00	99.346,31
	34.442.668,45	1.968.002,81	0,00	0,00	36.410.671,26
II. Sachanlagen					
1. Bauten aus fremden Grundstücken	2.150.409,13	0,00	0,00	0,00	2.150.409,13
2. Technische Anlagen und Maschinen	4.776.108,19	1.054.062,33	0,00	100.754,42	5.729.416,10
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.404.974,22	293.917,56	0,00	444.964,60	3.253.927,18
4. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	10.331.491,54	1.347.979,89	0,00	545.719,02	11.133.752,41
	44.774.159,99	3.315.982,70	0,00	545.719,02	47.544.423,67

Kumulierte Abschreibungen			Restbuchwerte		
01.01.2025	Zugänge	Abgänge	31.12.2025	31.12.2025	31.12.2024
€	€	€	€	€	€
6.105.827,60	2.233.874,83	0,00	8.339.702,43	17.372.899,74	17.691.101,51
7.698.174,44	631.540,46	0,00	8.329.714,90	1.294.007,88	1.893.077,06
974.999,00	0,00	0,00	974.999,00	1,00	1,00
0,00	0,00	0,00	0,00	99.346,31	79.487,84
14.779.001,04	2.865.415,29	0,00	17.644.416,33	18.766.254,93	19.663.667,41
625.548,82	162.435,87	0,00	787.984,69	1.362.424,44	1.524.860,31
3.494.300,79	617.188,65	100.727,42	4.010.762,02	1.718.654,08	1.281.807,40
2.234.680,98	366.664,44	375.344,45	2.226.000,97	1.027.926,21	1.170.293,24
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6.354.530,59	1.146.288,96	476.071,87	7.024.747,68	4.109.004,73	3.976.960,95
21.133.531,63	4.011.704,25	476.071,87	24.669.164,01	22.875.259,66	23.640.628,36

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für

unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der

Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebe-

richt aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Saarbrücken, den 31. März 2026

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Carsten Palm
Wirtschaftsprüfer

ppa. Doreen Rendl
Wirtschaftsprüferin

